

„Der Geist von Helsinki“ und seine Folgen

Am 1. August 1975 wurde die KSZE-Schlussakte unterschrieben – ein wegweisendes Dokument der Entspannungspolitik und eine Rückendeckung für die Bürgerrechtsbewegungen in Osteuropa. Es war die größte außenpolitische Konferenz seit dem Wiener Kongress 1815, es war eines der wirkmächtigsten Dokumente der Nachkriegszeit zu dessen langfristigen Folgen die Friedlichen Revolutionen in Osteuropa gehörten.

Die Rede ist von der Konferenz über (nicht wie oft geschrieben wird: für) Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), deren Schlussakte – nach einem mehrjährigen Verhandlungsmarathon – am 1. August 1975 in Helsinki unterzeichnet wurde.

Die KSZE war zunächst eine Idee des Ostblocks. Die Sowjetunion (UdSSR) und ihre im Warschauer Pakt vereinten Bündnisstaaten verfolgten seit den 1950er Jahren das Ziel, eine europäische Friedenskonferenz zu etablieren, in der „Europäer mit Europäern“ final über die Nachkriegsordnung des Kontinents verhandeln sollten. Damit waren aus sowjetischer Sicht unterschiedliche Intentionen verbunden: Die Absicherung des geopolitischen Status quo, also die Akzeptanz der „friedlichen Koexistenz“ der beiden weltpolitischen Systeme, die Anerkennung der nach 1945 etablierten Grenzen, erste Schritte in Richtung Abrüstung, bei gleichzeitiger Verbesserung der Handelsbeziehungen. Aus diesem Prozess sollten die USA, aber auch Kanada als transatlantische NATO-Partner herausgehalten werden, um die westlichen Demokratien in ihrer Verhandlungsposition zu schwächen.

Der Westen reagierte auf diese Avancen der nach Anerkennung und Einfluss strebenden UdSSR sehr verhalten. Die Bundesrepublik wollte keine internationale Absegnung der innerdeutschen Grenze, sondern verfolgte weiter das Ziel der Wiedervereinigungspläne. Deshalb waren Verhandlungen ohne die USA unvorstellbar, die damals – anders als heute – die multilateralen Beziehungen pflegten, um ihren Einfluss in Europa aufrecht zu erhalten.

Im Zuge der neuen Ostpolitik überzeugte Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) seine Amtskollegen 1968 auf einer NATO-Tagung in Island, dass der Westen einer Sicherheitskonferenz zustimmen sollte, wenn dort auch über beiderseitige Trup-

penreduzierungen gesprochen werde. US-Präsident Richard Nixon zeigte ebenfalls Offenheit für die Vorschläge der Warschauer Pakt-Staaten. 1971 äußerte der sowjetische Staats- und Parteichef Leonid Breschnew vorsichtige Zustimmung zum „Signal von Reykjavik“ – allerdings nur vorsichtig, weil die sowjetische Seite eine Idee in die Welt gesetzt hatte, an deren Realisierung sie selbst nicht glaubte. Trotz der blutigen Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 verständigten sich Ost und West schließlich auf ein Konferenzmodell, bei dem Washington und Ottawa mitverhandelten, und bei dem bessere Regierungsbeziehungen, aber auch Freizügigkeit und Informationsaustausch zum Thema wurden.

Dass ausgerechnet Finnland für einige Jahre zum Zentrum internationaler Verhandlungen wurde, hatte mit seiner spezifischen Variante der Neutralitätspolitik zu tun. Die beiden prägenden Präsidenten der Nachkriegszeit, Juho Kusti Paasikivi und Urho Kekkonen, hatten ein Modell entwickelt, das auf den historischen Erfahrungen eines tapferen, aber in Teilen auch verlustreichen Kampfes gegen die UdSSR im Zweiten Weltkrieg beruhte. Die politische Konsequenz: Finnland sollte immer unabhängig bleiben, aber ein westlich-demokratisches Regierungs- und Gesellschaftssystem samt einer freien Marktwirtschaft entwickeln. Es verhielt sich „blockfrei“ und agierte außenpolitisch dennoch mit hoher Rücksichtnahme auf die Belange der UdSSR. Gerade Kekkonen verstand es brillant, diese oft als „Finlandisierung“ kritisierte Neutralitätspolitik innen- wie außenpolitisch zu nutzen. So schien er international der passende Gastgeber für eine europäische Friedens- und Sicherheitspolitik zu sein. „Den Worten müssen Taten folgen. Der Weg zur Entspannung ist lang, und es gibt keine Abkürzungen“, drückte er seine Erwartungen an die KSZE aus. Die

Finnen setzten sich nicht nur als meisterhafte Diplomaten, sondern auch als modernes, aufstrebendes Land in Szene: Die internationalen Dialoge fanden in hochmodernen, von finnischen Spitzenarchitekten entworfenen Gebäuden statt:

Die erste, gerne als *Botschaftersalon* bezeichnete Phase der KSZE begann am 22. November 1972 – an einem tristen Buß- und Betttag – im gerade vom Architekten-Ehepaar Reima und Raili Pietilä fertiggestellten Kongresszentrum *Dipoli* der Technischen Universität Helsinki. *Dipoli* war zwar naturwissenschaftlich gemeint. Der Begriff passte aber auch zum Auftrag an die 197 Diplomaten aus 32 europäischen Ländern (nur Albanien und Andorra traten erst später der KSZE bei) sowie den USA und Kanada: Sie sollten den gesamteuropäischen Nebel auflichten und klären, über welche politischen Punkte die Vertreter der beiden Pole mit welchem Zeitplan verhandeln würden. Die Methode der Verhandlungen war jedoch schnell gefunden: Es galt das Konsens-Prinzip bei der Festlegung von Ergebnissen, das die Verhandlungen in die Länge zog, aber auch zu diplomatischer Kreativität und letztlich zu hoher Verbindlichkeit führte.

Ein Kernproblem der Verhandlungen bestand darin, dass die politischen Blöcke höchst unterschiedliche Vorstellungen von Frieden, Legitimität, der internationalen Ordnung besaßen, wie der an der Universität von Chapel Hill in den USA lehrende kanadische Historiker Michael Cotey Morgan Anfang Juni 2025 in Helsinki auf einem internationalen Symposium des European Remembrance Networks und der Universität Helsinki erläuterte. Diese Tagung brachte Zeitzeugen, aktive Diplomaten und Wissenschaftler zusammen, die unter dem Motto *Der Geist von Helsinki – damals und heute* die Geschichte und die Auswirkungen des KSZE-Prozesses am historischen Ort, in der Finlandia-Halle, diskutierten.

Der Weg zum Final Act von 1975 war lang: Nach sechseinhalb Monaten Verhandlungen in Dipoli stand die Tagesordnung fest, die in weiteren drei Phasen abgearbeitet werden sollte: Zunächst bei einer Außenministerkonferenz in Helsinki (15.1.1973-9.2.1973), dann in einer, letztlich sehr mühevollen, 22 Monate dauernden „Arbeitsphase“ in Genf (September 1973 bis Mai 1975) und schließlich mit der Abschlusskonferenz auf höchster politischer Ebene vom 30. Juli bis 1. August 1975 wieder in Helsinki. Sie fand in der neuen, von Stararchitekt Alvar Aalto entworfenen Finlandia-Halle statt.

550 Delegationsmitglieder und 1400 Journalisten bevölkerten im Sommer 1975 die Ostseemetropole. 35 Staats- oder Regierungschefs kommentierten in ihren Reden die Erwartungen an die KSZE-Schlussakte und widmeten sich parallel einem intensiven diplomatischen Networking, das gerade für den Ostblock neue Dialogoptionen bot. So kam es auch zu zwei Gesprächen zwischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und dem Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker. Schließlich unterzeichneten die Regierungschefs die Schlussakte – deren Ratifizierung die CDU/CSU-Fraktion wenig später erfolglos im Deutschen Bundestag ablehnte.



In der Abschlussitzung der dritten Phase der Konferenz unterzeichneten die Delegationsleiter der 35 beteiligten Staaten am 1. August 1975 in der Finlandia-Halle das Hauptdokument der Konferenz. V.l.n.r.: Helmut Schmidt, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Erich Honecker, Erster Sekretär der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Gerald Ford, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Bruno Kreisky, Bundeskanzler der Republik Österreich. (Foto: U.S. National Archives)

Die 66-seitige KSZE-Schlussakte, die ein politisches, aber kein völkerrechtliches Dokument war, basierte auf zehn Grundsätzen über die Zusammenarbeit in Europa, die Ähnlichkeit mit der Charta der Vereinten Nationen aufweist, sie aber in Teilen neu akzentuierte. Die Prinzipien legten die gleiche Souveränität der Staaten fest, die Ablehnung von Gewalt, die Unverletzlichkeit der Grenzen sowie die Nichteinmischung in innere Angelegenheit fest. Das war ein Erfolg für den Osten. Der Westen setzte die Achtung der Menschen-, Religions- und Minderheitenrechte ebenso durch wie das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das friedliche Grenzveränderungen umschloss. Das war für Deutschland wichtig. Zudem sollte die Zusammenarbeit der Staaten ausgebaut werden, was auch den blockübergreifenden Austausch zivilgesellschaftlicher Organisationen inkludierte. In drei sogenannten Körben ging es um vertrauensbildende Maßnahmen im Bereich der Abrüstung (Korb 1), etwa durch Manöverbeobachtungen. Korb 2 behandelte die Intensivierung der Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft, Umwelt und Technik. Am wirkmächtigsten wurde Korb 3, der neue Möglichkeiten der „humanitären Zusammenarbeit“ eröffnete, etwa im Bereich der Familienzusammenführung sowie

des Informations-, Bildungs- und Kulturaustausches.

Betrachtet man die politischen Konstellationen der beteiligten Länder, so verhandelten miteinander sieben Warschauer-Pakt-Unterzeichner, 13 neutrale Staaten und 15 NATO-Mitglieder. Die sozialistische Seite, die mit einer Verhandlungstaktik aus Verzögerung und Zeitdruck ihre Position durchzusetzen versuchte, musste im Laufe der Zeit er-



Der Erste Sekretär des ZK der SED, Erich Honecker (links) und BRD-Kanzler Helmut Schmidt trafen am 30. Juli 1975 zu einem Gespräch zusammen. (Foto: Bundesarchiv, Bild 183-P0730-033 / Demme, Dieter / CC-BY-SA)

kennen, dass sich ihre Konferenzidee in eine andere Richtung entwickelte, als sie zunächst gedacht hatte. Am Ende setzte der Westen – mit Hilfe der neutralen Länder, nicht zuletzt auch des Heiligen Stuhls, Finnlands und der Schweiz – seine Überzeugungen durch bzw. nötigte dem Osten kaum geglaubte Zusagen ab, wie Cotey Morgan auf dem Helsinkier Symposium analysierte.

Dass Breschnew die Konferenz nicht vorzeitig abbrach, lag an Reputationsgründen, so der kanadische Historiker: Er hatte bereits sehr viel Zeit in dieses Projekt investiert, er suchte die internationale Anerkennung der UdSSR gerade durch die USA, so dass ein Misserfolg seiner Position im Osten geschadet hätte.

Außerdem unterschätzte der Warschauer Pakt, so Cotey Morgan, dass die Vertragsinhalte die gesellschaftliche Entwicklung hinter dem Eisernen Vorhang wirklich verändern könnten. Ein eindrückliches Beispiel sei dafür die Integration der KSZE-Schlussakte in die neue Verfassung der UdSSR von 1977 gewesen.

Für den ehemaligen tschechischen Bürgerrechtler und späteren Botschafter, Michael Žantovský, war das Helsinkier Abkommen ein diplomatischer Erfolg und zugleich ein politisches Scheitern. Es verringerte die Gefahr militärischer Gewaltanwendung in Europa, konnte aber die sowjetische Besetzung Afghanistans nicht verhindern. Sie kurbelte den festgefahrenen Ost-West-Dialog wieder an, war jedoch machtlos gegenüber neuen staatlichen Repressionen im Osten, etwa der Ausrufung des Kriegsrechts in Polen oder der Unterdrückung der Charta 77 in der CSSR. >>>

Dennoch, so Žantovský, öffnet die KSZE ein „Fenster für Proteste“, beflügelte die Freiheitsbemühungen der mittel- und osteuropäischen Bürgerbewegungen maßgeblich. Nach Cotey Morgan lasse sich zwar nicht sagen, dass der „Geist von Helsinki“ den Kommunismus zum Einsturz brachte, wohl aber, dass er einen Prozess beförderte, der die Legitimität des kommunistischen Systems aushöhlte.

Eine wichtige Rolle spielten in diesen Entwicklungen die Kirchen und die Ökumene. Darauf verwiesen die Kirchenhistorikerin und Co-Organisatorin des Symposiums, Katharina Kunter (Universität Helsinki) und ihre in Washington lehrende Kollegin Sarah B. Synder. Beide zeigten, wie sehr gerade die Religionsgemeinschaften von Korb 3 profitierten. Religionsfreiheit wurde – etwa auf der ersten KSZE-Folgekonferenz in Belgrad (1977-1978) und auf Druck des frommen, neuen US-Präsidenten Jimmy Carter – zu einem wichtigen Verhandlungsthema. Der Heilige Stuhl forcierte das Thema, stärkte den Oppositionsbewegungen den Rücken – nicht zuletzt nach dem Amtsantritt des polnischen Papstes Johannes Paul II, sagte Kunter. Zwischen den Kirchen in Ost und West wurde der Personen- und Informationsaustausch intensiviert. Bis-

her nicht für möglich gehaltene, symbolische Aktionen wurden möglich: So gaben die USA die im Zweiten Weltkrieg erbeutete ungarische Königskrone zurück, wofür im Gegenzug der konservative und anti-kommunistische baptistische Prediger Billy Graham in Ungarn (und später in anderen osteuropäischen Ländern) große Evangelisierungsveranstaltungen durchführen durfte.

Osteuropäische Menschenrechtsgruppen konnten sich bei schlechter Behandlung gegenüber ihren Regierungen auf die KSZE-Schlussakte berufen, was nicht immer, aber manchmal half. Informationen über inhaftierte Dissidenten wurden dank informeller, oftmals christlicher Netzwerke nach 1975 schneller als bisher an Menschenrechtsorganisation und die Öffentlichkeit in Westeuropa durchgestochen, Bibeln und andere religiöse Schriften konnten gen Osten geliefert werden. Westliche Journalisten genossen einen gewissen Schutz in der Berichterstattung in den Ländern jenseits des Eisernen Vorhangs, standen ebenfalls im Austausch mit Kirchen und Bürgerrechtlern. Für Kunter und Synder waren die Kirchen wichtige „Agenturen zwischen Ost und West“, die einen substantiellen Beitrag zur Transformation im Osten geleistet hätten.

Heute, so beklagten die versammelten Experten, sehe sich Europa wieder mit einem aggressiven Russland konfrontiert, das die Ukraine im Stile eines längst überwunden geglaubten Imperialismus zu erobern versuche und alle KSZE-Prinzipien ignoriere. Wann entstehe, fragte der polnische Botschafter in Finnland, Tomasz Chłoń, „ein neuer ‚Geist von Helsinki‘, der Russland wieder an den Verhandlungstisch zurückbringt und den Träumen der Ukraine nach Freiheit und Frieden zur Realität verhilft?“

Der Autor ist Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung.

↓ So sah die Umgebung des Tagungsortes 1973 aus.

↓↓ 50 Jahre später reihen sich weitere Kulturbauten an der Töölo-Bucht und die Finlandia-Halle erstrahlt nach mehrjähriger, aufwendiger Sanierung im neuen Glanz.



© Public Domain, Sky-Foto Möller



Foto: Finlândia / Soldeman